

zur Verbesserung der Unterrichtssituation einstellen können, wenn die linearen Personalkostenzuwächse unterhalb des in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Kostenwachses bleiben. Sollte jedoch die Eindämmung der linearen Personalkostenzuwächse am Widerstand einzelner Gruppen scheitern, dann würden in den kommenden Jahren auch die Schulnebenleistungen wie Schulweg- und Lernmittelfreiheit in die Diskussion über Unterrichtsbedarf und Lehrerbeschäftigung mit einbezogen werden. Eine aktuelle Notwendigkeit für eine Änderung der Lernmittelfreiheit besteht nicht, da durch die Ermöglichung der Sammelbestellung und der Ausleihe aufgrund der Novellierung des Gesetzes vor zwei Jahren bereits erhebliche Einsparungen erzielt wurden und weitere möglich sind.

F.D.P.: Rotstift nur überlegt ansetzen

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Jürgen Hinrichs:

Für 1976 ist sichergestellt, daß die volle Lernmittelfreiheit und auch die Schülertransportkosten von der öffentlichen Hand getragen werden. Lernmittelfreiheit ist eine wichtige soziale Errungenschaft, die an Bildung zunächst wenig interessierten Bevölkerungsschichten qualifiziertere Ausbildungen erschloß. Dazu war es erforderlich, alle finanziellen Hemmnisse, die dem wichtigen bildungspolitischen Ziel der Förderung aller Begabten entgegenstanden, abzubauen und den Schülern ohne Ansehen der Person die benötigten Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Grundsatz muß auch weiterhin gelten.

Das Land NW hat durch das neue Lernmittelfreiheitsgesetz vom Dezember 1973 durch die Ermöglichung der Ausleihe und der Sammelbestellung Spareffekte erzielt. Aber unter dem Diktat der sparsamen Haushaltsführung darf das Ausleihverfahren auch nicht über pädagogisch noch vertretbare Möglichkeiten hinaus ausgedehnt werden.

Zeitnahe Bildung erfordert das Aufstellen von differenzierten Fächerkatalogen und damit das Arbeiten in größeren Schuleinheiten. Längere Schulwege, insbesondere zu weiterbildenden Schulen, sind damit unumgänglich. Die Transportkosten kann man nicht den Eltern aufbürden. Andere Sparmöglichkeiten müssen genutzt werden. So besteht Grund zu der Annahme, daß der Schülertransport durch den Einsatz privater Unternehmen und durch die Kombination von öffentlichen und Schulbuslinien kostengünstiger wird. Der Rotstift muß wohlüberlegt und genau eingesetzt werden, damit die bisher erzielten Erfolge der Bildungsreform nicht gefährdet werden.

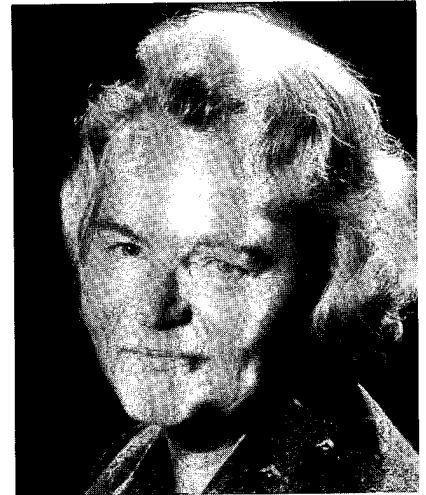
Die F.D.P.-Fraktion wird diese beiden leistungsintensiven Gesetze überprüfen. Eine eventuelle Novellierungsinitiative muß sozial benachteiligte Gruppen verschonen. Eine sorgfältige Überprüfung der Ausstattung der Schulen und des technischen Unterrichtsaufwandes könnte sofort Sparwirkungen zeigen.

Porträt der Woche

Über Inge Donnepp schreiben, heißt auch, ihre drei Handikaps zu nennen: Als Sprößling einer alten Juristen-Familie ist sie nicht gerade der Typ der „geborenen Sozialdemokratin“. Als Frau gehört sie jener kleinen, aber noch nicht radikalen Minderheit im Hohen Haus am Düsseldorfer Schwanenspiegel an, die dort nur ein knappes Dutzend Köpfe zählt. Und als Minister für Bundesangelegenheiten verfügt sie noch über keine nennenswerten parlamentarischen Erfahrungen. Über Inge Donnepp schreiben, heißt aber auch, ihre spezifischen Vorgaben zu registrieren: Als examinierte Dolmetscherin versteht sie sich gleichzeitig auf verschiedenen Sprachebenen zu bewegen. Als gelernte Juristin hat sie leichten Zugang zu den öffentlichen Angelegenheiten, die sich zumeist in Rechtsform darbieten. Und als Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hat sie, SPD-Mitglied seit 1957, politische Praxis im vorparlamentarischen Raum, die auch der Frau Minister zugute kommt.

Was aber am meisten an ihr auffällt, ist ihre bodenbeständige, auf den ersten Blick mütterlich wirkende Natürlichkeit, die sich nicht hinter Emanzipations-Maskeraden zu verstecken braucht. Nach sieben Jahren, die sie als Anwältin, und nach 20 Jahren, die sie als Richterin in der Sozialgerichtsbarkeit ihren Mann gestanden hat, ist der Mutter von zwei mittlerweile erwachsenen Söhnen nichts Menschliches fremd. „Mich hat niemand gezwungen, Minister zu werden“, sagt Frau Donnepp rückschauend. Aber so ganz leicht ist ihr der Übergang nicht gefallen – einmal abgesehen von den parteiinternen Verwicklungen, die es bei der letzten Kabinettsbildung gab, als den Ministerpräsidenten vorübergehend mehr Ministeranwärter als verfügbare Ministersessel zu umgeben schienen. „Ich komme aus der dritten Gewalt. Dort gibt es das Streben nach Objektivität. In der Ministerialbürokratie ist vieles politisch.“ Daß sie sich trotzdem weiter darum bemüht, allem und jedem gerecht zu werden, glaubt man Inge Donnepp gern.

Ein Achtstundentag – er ist für sie unerreichbarer denn je geworden. Hin und her pendelnd zwischen Oer-Erkenschwick, wo sie nach wie vor wohnt, Düsseldorf, wo ihr Regierungschef residiert, und Bonn, wo ihr eigentliches Aktionsfeld liegt, erfüllt sich Inge Donnepps Wunschbild von der „Arbeit als Hobby“ fast im Übermaß. Reisediplomatie oder



Inge Donnepp (SPD)
Minister für Bundesangelegenheiten

Schwebezustand? Von beidem wohl etwas – nicht einmal ihren eigenen Etat kann sie in den Haushaltsberatungen vor dem Landtag vertreten, weil er Teil des Haushalts der Staatskanzlei ist.

Für ihre „Repräsentations“-Pflichten in Bonn stehen ihr heuer nur 50 000 Mark zu Gebote – ein Taschengeld im Vergleich zu den 200 000 Mark, mit denen beispielsweise der Freistaat Bayern seine Landesvertretung dotiert. Wenn es im Haus Nordrhein-Westfalen hoch hergeht, muß sich manche Bürokrate schon einmal das weiße Kellnerjäckchen überstreifen. „Leben ist wieder in diesem Haus. Aber es ist nicht Folklore, was wir machen“, sagt die Frau Minister nicht ohne Stolz. Als im September in Bonn über den sogenannten „Versorgungsausgleich“ beraten wurde, hatte Inge Donnepp die weiblichen Abgeordneten des Landtages und des Bundestages bei sich zu Gast. Und das ist es wohl, was ihr vor allem vorschwebt: Anstöße und Informationen geben, damit zwischen der Bundes- und der Landesebene mehr Kommunikation herrscht als bisher.

Der Landtag hat keine direkten Einwirkungsmöglichkeiten auf den Bundesrat. Einmal hat Frau Donnepp bisher dem Hauptausschuß des Landesparlaments über ihre Bonner Tätigkeit Bericht erstattet. Daß sie nicht so im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht wie andere Minister, mag Inge Donnepp persönlich zwar als Entlastung empfinden. Aber sie weiß auch, wo sie gefühlsmäßig hingehört: Als sie an der ersten Sitzung der SPD-Fraktion nach der Wahl teilnahm, setzte sich die Frau Minister zu den Abgeordneten aus Recklinghausen und nicht nach vorn zu den anderen Regierungsmitgliedern.

Dirk Bavendamm